

## KOALITIOUNSVERTRAG VUN DER NEIER REGIERUNG: POSITIV AKZENTER, MEE MÉI GRONDSÄTZLECH REFORMUSÄTZ AUS NOHALTEGKEETSSIICHT FEELEN

Der Koalitionsvertrag der neuen Regierung beinhaltet eine Reihe von Instrumenten in den diversen Bereichen der nachhaltigen Entwicklung. Dies ist positiv zu werten. Allerdings stellen sich grundlegende Fragen über die grundsätzliche Orientierung und die Prioritätensetzung der Regierung sowie über die konkrete Ausführung in der Praxis.

Nach Ansicht des Mouvement Ecologique ergibt sich folgende Analyse:

### Bekenntnis zu wichtigen bestehenden strategischen Plänen

Vorweg ein besonders positiver Aspekt: bestehende wichtige strategische Pläne werden als solche anerkannt und nicht in Frage gestellt. So wird sich explizit für die prioritäre Umsetzung des bestehenden Nationalen Naturschutzplanes (PNPN3), der die wichtigen Leitlinien und Prioritäten der Naturschutzpolitik festlegt, ausgesprochen. Dessen Umsetzung ist von elementarer Bedeutung für den Schutz der Arten und der Natur in Luxemburg. Des Weiteren wird sich zum erst rezent erstellten Nationalen Energie- und Klimaplan bekannt (NECP) sowie zur nationalen Strategie im Bereich Mobilität (PNM2035). Auch diese Zusagen sind von Bedeutung, da in beiden Dokumenten wichtige grundsätzliche Ziele und Instrumente zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen sowie zur Förderung einer nachhaltigen Mobilität genannt werden. Diese Strategien waren sicher aus der Perspektive einer Umweltorganisation nicht perfekt und noch weitreichendere Schritte im Sinne der nachhaltigen Entwicklung wären erforderlich. Dennoch ist es doch wichtig, dass eine diesbezügliche Kontinuität mit der neuen Regierung nun gegeben ist. Bedauernd ist jedoch, dass im Koalitionsvertrag z.T. (vor allem in Bezug auf den PNPN) nicht konkretere Schritte der Umsetzung dieser Pläne benannt werden.

### Recht vielfältiger Katalog an konkreten Instrumenten

Zudem beinhaltet der Koalitionsvertrag eine Panoplie an wichtigen konkreten Aussagen und Instrumenten. Stellvertretend für andere seien folgende erwähnt: Förderung der regionalen Landwirtschaft in allen öffentlichen Kantinen (wobei biologische Produkte lediglich bei Schulkantinen angeführt werden), Vorfinanzierung bestimmter Vorhaben im energetischen Bereich für Haushalte mit weniger finanziellen Mitteln, Erstellung eines „Modells“ zur Durchgrünung der Ortschaften, Vorgabe zur Einrichtung von Solaranlagen auf neuen Bauten, Förderung von Nahwärmenetzen, Erstellung eines Bodenschutzgesetzes, Förderung der „économie circulaire“ u.a.m. Positiv zu werten ist z.B. auch die Prioritätensetzung auf dem Energiesparen sowie die Absage an die Atomkraftwerke in der Großregion - wobei offen bleibt, ob dies einer eigentlichen Infragestellung der Atomkraft gleichkommt oder nicht. Das „PIB bien-être“ wird positiverweise zudem als erstes wichtiges Instrument im Wirtschaftsteil (sic) angeführt, wobei aber die erforderliche Verknüpfung dieser Analyse mit den Budgetprioritäten nicht angeführt wird. Letztere ist jedoch unabdingbar, wenn dieses Instrument nicht nur von symbolischem Nutzen sein soll.

Insofern bietet der Koalitionsvertrag in den verschiedenen Bereichen der nachhaltigen Entwicklung ein recht breites Arsenal an zu ergreifenden Instrumenten, auch wenn diese in weiten Teilen nicht detailliert ausgeführt werden.

### Dringend - auch aus wissenschaftlicher Sicht unabdingbare - strukturelle Reformen bleiben ausgeklammert

Aber: neben dieser positiven Analyse gibt es doch erhebliche fundamentale Schwachstellen. Die neue Regierung setzt – wie auch in den Wahlen z.T. angekündigt – auf einen „pragmatischen“ Umwelt- und Naturschutz: dies zieht sich als „schwarz-blauer Faden“ durch das gesamte Dokument.

Grundgedanke scheint jener zu sein, dass man am heutigen Modell und an der Orientierung unserer Gesellschaft und Wirtschaft festhalten kann und es ausreichen würde, diese auf pragmatische Art und Weise mittels einer Reihe (vor allem voluntaristischer) Instrumente „nachhaltiger“ zu gestalten.

So wird sich z.B. für ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum ausgesprochen, welches nach Ansicht auch zahlreicher Wissen-



schaftler:innen (sowohl des Weltklima- als auch des Weltbiodiversitätsrates) nicht mit einer nachhaltigen Entwicklung vereinbar ist. Dabei bleibt im Übrigen zudem nicht gewusst, was die Formulierung „croissance intelligente, durable et inclusive“ des Koalitionsprogrammes in der Praxis wirklich konkret bedeutet...

Entsprechend kommen gebotene Instrumente, um die notwendigen Änderungen am heutigen System im Sinne einer nachhaltigen Orientierung durchzuführen im Koalitionsprogramm nicht vor: So z.B.

- die Durchführung einer nachhaltigen Steuerreform (d.h. einer stärkeren Besteuerung des Umweltverbrauchs);
- die Durchführung eines „green budgeting“ (d.h. einer Analyse des Staatshaushaltes, inwiefern mit derzeitig öffentlichen Geldern die Klima- und Biodiversitätskrise sogar befeuert werden, statt diesen entgegen zu wirken) sowie die Streichung umweltschädlicher Subventionen;
- eine Analyse, wie das heutige Pensionssystem unabhängiger vom Wachstum gestaltet werden kann;
- eine Reform von Institutionen bzw. Gremien, damit die Stimme der Nachhaltigkeit stärker vertreten ist und in wichtigen (gesellschafts-)politischen Prozessen Gehör finden kann ...

Fakt ist, dass auch die besten Instrumente in den einzelnen Politikbereichen nur begrenzt erfolgreich sein können, wenn nicht derartige grundsätzliche Kurskorrekturen am heutigen System durchgeführt werden. Ohne ein Angehen dieser so zentralen Reformen aber wird es unweigerlich nicht gelingen, Luxemburg zukunftsfähig und nachhaltig (!) für die nächsten Generationen zu gestalten, die Biodiversitäts- und Klimakrise reell anzugehen.

Vielleicht ist es auch aus dieser Sichtweise heraus zu erklären, dass keine wirkliche Öffnung der gesellschaftlichen Diskussionskultur erfolgt. So wird z.B. im Koalitionsvertrag „lediglich“ angeführt, es solle mit landwirtschaftlichen Kreisen über die Ausrichtung der Landwirtschaftspolitik diskutiert werden. Die Aussage, dass auch die Umwelt- und Verbraucherschutzverbände einbezogen werden sollen, fehlt, auch wenn dies die Vertreter der aktuellen Koalitionsparteien im Rahmen eines Rundtischgesprächs des Mouvement Ecologique im Vorfeld der Wahlen zusagten. Auch die Notwendigkeit, das Recht der Bürger:innen auf Zugang zu Informationen zu verbessern, wird im Koalitionsvertrag nicht angeführt.

Ersichtlich wird das Dilemma auch auf der Ebene der Landesplanung: Landesplanung kann nur gelingen, wenn sie auch verstärkt über rechtliche Instrumente zur Umsetzung verfügt, ansonsten bleibt sie weiterhin ein zahnlöser Tiger. Im Koalitionsabkommen gibt es aber keine klaren Bekenntnisse zu zentralen Zielen der Landesplanung, was z.B. die prioritäre Entwicklung zentraler Orte (CDA) und die Ein-

grenzung der Bevölkerungszunahme anderer Ortschaften betrifft. Die neue Regierung hält an dem Primat der Gemeindeautonomie gegenüber der nationalen Landesplanung fest, so dass die Umsetzung des Programmes der Landesplanung zum Teil in Frage gestellt wird.

### Relevante Aspekte im Widerspruch zur nachhaltigen Entwicklung

Diese Sichtweise spiegelt sich dann auch darin wieder, dass man versuchen will, es jedem gerecht zu machen: Ausbau des Individualverkehrs mittels zahlreicher neuer Straßenbauprojekte (wie z.B. Untersuchung über die Opportunität eines Ausbaus weiterer Autobahnen auf 3 Spuren, neue Umgehungsstraßen) bei paralleler Förderung des öffentlichen Transportes.

Oder aber die Tatsache, dass die biologische Landwirtschaft zwar gefördert werden soll, es aber an einem klaren Bekenntnis fehlt, dass dieser – bei aller Wertschätzung der konventionellen Landwirtschaft – Vorrang u.a. bei Fördermaßnahmen, eingeräumt werden muss.

Ebenso problematisch ist, dass der Stellenwert der „Grünzone“ reduziert werden soll, u.a. durch die Möglichkeit einer Ausweitung der Bauperimeter, und so die reelle Gefahr einer weiteren Zersiedlung und Zerschneidung der offenen Landschaft droht.

Im gleichen Sinne scheint die Regierung an den umstrittenen Freihandelsverträgen, wie dem Mercosur-Abkommen festzuhalten. Dabei stehen diese derzeit im diametralen Widerspruch zu jedweden Notwendigkeiten einer nachhaltigen Entwicklung.

### Vage Formulierungen lassen Orientierung zahlreicher Instrumente offen

Eine Interpretation zahlreicher Aussagen des Koalitionsvertrages erweist sich darüber hinaus schwierig, da deren Formulierung sehr allgemein ist. Sehr häufig steht zu lesen, dass Reformen durchgeführt werden sollen, ohne aber die Orientierung dieser Reformen anzugeben. So soll z.B. eine Analyse des Agrargesetzes erfolgen und ggf. Korrekturen durchgeführt werden. In welchem Sinne aber diese Korrekturen sein sollen, ob z.B. in Zukunft eine stärker flächengebundene Landwirtschaft erfolgen soll oder nicht, um nur diesen Punkt zu erwähnen, wird nicht angeführt. Oder wenn von einer (durchaus notwendigen) Vereinfachung der Prozeduren im Naturschutzbereich gesprochen wird, ist nicht erkennbar, ob dies auf Kosten des Naturschutzes gehen kann oder nicht. Gemäß Koalitionsvertrag ist dies zumindest nicht a priori auszuschließen.



So wird sich dann im Vertrag auch nicht für eine systematische Reduktion des Einsatzes von Pestiziden ausgesprochen, sondern für eine „*utilisation durable*“. Nur ein Totalverbot wäre an sich als „*durable*“ zu bezeichnen. Beim Glyphosat wird scheinbar kein nationales Verbot angestrebt, sondern man will sich nur auf EU-Ebene für einen schrittweisen Ausstieg einsetzen.

Ein anderes Beispiel: die Einführung des Prinzips des „*silence vaut accord*“ kann begrenzt sinnvoll sein. Wenn dieses Prinzip aber sogar dann gelten sollte, wenn Dritte von einer Entscheidung betroffen wären, wäre dies in keiner Form zulässig. Es darf nicht sein, dass Betroffene ihrer Rechte entoben werden, wenn die öffentliche Hand nicht im vorgegebenen Zeitrahmen arbeitet.

Besonders skeptisch darf man auf der Ebene der Landesplanung sein: So wird eine Überarbeitung des „*Programme directeur*“ angekündigt, mit welcher Orientierung bleibt unklar.

## Die Analyse des Mouvement Ecologique in der Zusammenfassung

**Der Mouvement Ecologique hat entsprechend eine gemischte Bilanz der Analyse des Koalitionsvertrages:**

**Neben einer ganzen Reihe wichtiger und positiver Instrumente, die absolut begrüßenswert sind, wird sehr stark auf eine voluntaristische Vorgehensweise, auf konsensorientierte Instrumente und prioritär auf eine Anreizpolitik gesetzt.**

**Die grundsätzliche Orientierung einer Reihe von wichtigen Reformen und Maßnahmen wird in diesem Zusammenhang vielfach nur unzureichend ausgeführt (was z.T. im Rahmen eines Koalitionsabkommens verständlich erscheinen mag). Es ist letztlich nicht erkennbar, ob die CSV-DP Regierung effektiv die Dringlichkeit der Klima- und Biodiversitätskrise erkannt hat.**

**Denn Fakt ist: Diese Krisen können aus der Sicht des Mouvement Ecologique nicht nur mit einer „pragmatischen“ Herangehensweise einer Lösung zugeführt werden. Vielmehr sind schnelle und strukturelle Reformen erforderlich. Der Zeitraum, der zur Verfügung steht, um die notwendigen Kurskorrekturen am heutigen Modell durchzuführen, ist letztlich sehr kurz.**

**Es führt somit kein Weg an grundsätzlicheren Weichenstellungen im Sinne einer nachhaltigen Transition vorbei! Das Koalitionsabkommen schließt diese a priori nicht unbedingt aus, führt sie aber leider nicht mit der notwendigen Konsequenz an.**

**Auch die Einführung der „Proportionalität“ der Entscheidungen dürfte noch Anlass zu zahlreichen Diskussionen geben. Denn es ist wohl vorprogrammiert, dass es verschiedene Sichtweisen darüber gibt, wann Klima- und Biodiversitätsschutz Vorrang eingeräumt werden soll oder wann nicht.**

**Effizienz und Zukunftsfähigkeit des Koalitionsabkommens und der neuen Regierung werden daran gemessen werden, ob die Klimaneutralität effektiv mit der notwendigen Schnelligkeit erreicht und der Biodiversitätsverlust gestoppt wird sowie eine nachvollziehbare Wiederherstellung der Biodiversität erfolgt.**

**Der Mouvement Ecologique wird die Regierung an den nun folgenden Taten messen.**



Der Koalitionsvertrag zählt interessante Instrumente auf. Entscheidend für diese Legislaturperiode wird aber schlussendlich sein, welchen Stellenwert die Regierung dem Erhalt von Natur und Umwelt und dem Klimaschutz in der Regierungsarbeit einräumen wird.

### STELLUNGNAM

# ERFOLGREICHE AKTION DES MOUVEMENT ECOLOGIQUE: REGIERUNG ENTSCHEIDET ERHÖHTE SUBVENTIONEN FÜR HEIZUNGS-AUSTAUSCH UND ENERGETISCHE SANIERUNG WEITER ZU FÜHREN!

Vor kurzem hat der Mouvement Ecologique in einer öffentlichen Stellungnahme darauf hingewiesen, dass Ende des Jahres die sogenannten „Top ups“ im Energiebereich auslaufen werden und die Regierung scheinbar keine Fortführung entschieden hat. Zitat aus der Stellungnahme:

„Die Regierung hat beschlossen, die im Rahmen des „Solidaritätspak 2.0“ erhöhten Subventionen („Top up“) im Energiebereich (erneuerbare Energien, Sanierungen...), welche Ende des Jahres auslaufen, nicht weiter zu verlängern.“

Luxemburg hat, auch ohne diese „Top ups“, im Vergleich zu anderen EU-Ländern recht großzügige Subventionen im Energiebereich. Zudem gewähren auch eine Reihe von Gemeinden eine zusätzliche finanzielle Hilfe.

Somit ist es verständlich, dass die im Rahmen des „Solidaritätspak 2.0“ eingeführten „Top up“-Subventionen für Solaranlagen nicht fortgeführt werden, da besonders bei diesen die Förderung sehr hoch ist.

Aber: Die Entscheidung der Regierung, die „Top Ups“ für den Austausch fossiler Heizungsanlagen sowie die energetische Sanierung von Wohnungen nicht zu verlängern, ist in den Augen des Mouvement Ecologique äußerst problematisch. Gerade der Austausch von Heizungsanlagen auf Basis fossiler Energien im Besonderen durch Wärmepumpen ist von herausragender Bedeutung für

die energetische Transition. Dieser wird auch als zentrale Maßnahme im nationalen Energie- und Klimaplan angeführt, zu dem sich auch die neue Regierung gemäß Koalitionsabkommen bekannt hat. Gleiches gilt für die energetische Sanierung!

Wärmepumpen z.B. sind derzeit in der Tat weitaus teurer als fossile Heizsysteme. Ohne die erhöhten Subventionen wird so mancher Hausbesitzer deshalb wohl weiterhin auf fossile Systeme zurückgreifen.

Die Regierung hat nunmehr angekündigt, ein neues Fördersystem auszuarbeiten, wobei noch unklar ist, was dies im Detail bedeutet.

Der Mouvement Ecologique tritt dafür ein, dass die „Top-Up“-Subventionen für Wärmepumpen sowie für die energetische Renovierung weitergeführt werden, bis dieses neue System feststeht und auch in die Praxis umgesetzt wird. Die heutigen erhöhten Subventionen aufzuheben, bevor das neue System in Kraft ist, wäre verantwortungslos.

Vor allem auch für finanzschwächere Haushalte, aber auch für die so oft genannte Mittelschicht, ist dies unerlässlich. Die ökologische Transition kann nur dann gelingen, wenn die soziale Dimension berücksichtigt wird. Dabei muss zudem erwähnt werden, dass die Regierung im Koalitionsabkommen zwar vorsieht, verbesserte Instrumente zur Unterstützung finanziell schwächerer Haushalte einzuführen, dies aber verständlicherweise noch

nicht erfolgt ist. Generelle Hilfen dürfen auf keinen Fall reduziert werden, bevor diese neuen Systeme eingeführt wurden.

Luxemburg wird in den kommenden Wochen auf der internationalen Klimakonferenz (COP28) vertreten sein. Die neue Regierung hat mehrfach bekräftigt, dass sie die Energie- und Klimakrise und eine verstärkte Energieunabhängigkeit als Priorität ansieht. Dieses Dossier ist leider bis dato kein guter Start und der Mouvement Ecologique setzt darauf, dass Nachbesserungen an der Entscheidung getroffen werden. Im Sinne der politischen Glaubwürdigkeit, aber vor allem um die Klimakrise reell anzugehen und eine gewisse soziale Gerechtigkeit in diesem Punkt sicherzustellen.“

**Die Regierung hat kurze Zeit später, Mitte Dezember, entschieden, diese bis Juni 2024 zu verlängern. Der Mouvement Ecologique begrüßt diese Entscheidung ausdrücklich.**

Denn es ist gewusst, dass gerade der Austausch von Heizungsanlagen auf Basis fossiler Energien (vor allem durch Wärmepumpen) sowie die energetische Sanierung von Gebäuden von herausragender Bedeutung, für die energetische Transition sind. Erhöhte Prämien setzen in diesem Bereich somit das richtige Zeichen.

Bevor die aktuellen Hilfen im Juni auslaufen, sollte die Regierung eine Diskussion initiieren, wie eine sozial orientierte und die energetische



Transition unterstützende Subventionspolitik im optimalen Falle gestaltet werden kann. Sprich: einerseits soll neuen Technologien zum Durchbruch verholfen werden und andererseits soll die Transition von finanzschwächeren Haushalten unterstützt werden.